Rundschreiben

DEUTSCHE STEUER-GEWERKSCHAFT
Landesverband Hamburg

2/2017 Mai/Juni 2017

Tarifergebnis TV-L/Einkommensrunde 2017
Übernahme auf Besoldung

Wie wir im Rundschreiben 1/2017 informiert haben, wurde am **17.02.2017** wurde das nach zähen Verhandlungen erzielte Ergebnis der Tarifverhandlungen 2017/2018 bekannt gegeben. Passiert ist in Hamburg seitdem noch nicht viel. Aber: Nun soll die Erhöhung im Tarifbereich endlich mit dem Gehalt für Mai 2017 zum 01.06.2017 ausgezahlt werden. Man kann sich nur noch wundern: Nach 3 1/2 Monaten wird das ausgehandelte Tarifergebnis endlich auch bei den Beschäftigten wirksam. Nennt man so etwas Wertschätzung?

Alle Beschäftigten, egal ob Tarif– oder Beamtenbereich erbringen ihre Leistung und haben damit Anspruch auf entsprechende Bezahlung. Die Steuereinnahmen sprudeln und die Steuerverwaltung hat einen großen Anteil daran. Aber das zählt für unseren Arbeitgeber wohl nicht.

Noch heftiger sieht es bei der Beamtenbesoldung in Hamburg aus. Zugegeben, Hamburg hatte im Jahre 2012 zugesagt, die Tarifergebnisse auf die Beamtenbesoldung zu übernehmen und war damals neben Bayern das einzige Land mit einer Zusage der Übernahme, aber es zeugt doch wirklich nicht von Wertschätzung, wenn ein am 17.02.2017 erzieltes Ergebnis erst zum 01.Oktober 2017 umgesetzt werden soll. Außerdem übernehmen inzwischen fast alle Bundesländer das Tarifergebnis auch auf den Beamtenbereich. Dies ist auch ein Resultat der Rechtsprechung der Bundesverfassungsgerichtes aufgrund von - auch vom dbb geführten Verfahren zur amtsangemessenen Alimentation.

Während in anderen Bundesländern wie z. B. Bayern mit einer zusätzlichen Einmalzahlung von 500 € oder in Baden-Württemberg mit einer zusätzlichen Erhöhung von 0,35 % die sehr gute Arbeit der Beschäftigten gewürdigt wird, ist Hamburg noch nicht einmal in der Lage die Erhöhung einigermaßen rechtzeitig zu vollziehen.

In dieser Ausgabe:

Einkommensrunde	1-2
Letzte Meldung	1
Gespräch mit dem Finanzsenator	2-4
Änderungen von Daten	4
Mitgliederversammlung OV Harburg	5
Mitgliederversammlung OV Altona	6
Auf ein Wort...	7
Nordkoop	8-9
MuFu-Chaos	8
dbb newsletter	10
Beitrittserklärung	11
Organisation	12
Kleinanzeigen	12

Letzte Meldung

Die Mitgliederwerbeaktion 2016 war wieder ein Erfolg.

Wir werden in den nächsten Wochen die Preise auslosen und das Ergebnis im nächsten Rundschreiben bekannt geben.

Tarifergebnis TV-L/Einkommensrunde 2017
Übernahme auf Besoldung

Die DSTG hat gemeinsam mit dem dbb hamburg beim Personalamt gefordert, zumindest eine vorläufige Zahlung bis zur gesetzlichen Regelung durchzuführen. Aber auch darauf wollte sich das Personalamt nicht einlassen.

Das war das nicht so schöne. Jetzt das Positive: Die prozentuale Erhöhung (zum 01.01.2017 + 2 %, zum 01.01.2018 + 2,35 %) soll jeweils abzüglich der 0,2 % Versorgungsrücklage für die Beamten und Versorgungsempfänger übernommen werden. Auch der Sockelbetrag von 75 € soll bis zu einem Brutto von ca. 3.100 € auf die Besoldung übernommen werden (auch hier abzüglich 0,2 % Versorgungsrücklage). Die Anwärtergrundbeiträge sollen zum 01.01.2017 und zum 01.01.2018 um jeweils 35 € steigen.

Gespräch mit Finanzsenator Dr. Peter Tschentscher

Nachdem im Jahre 2015 in Schleswig-Holstein vereinbart wurde das Eingangsamt und damit auch die Besoldung der Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt (ehemals mittlerer Dienst) ab 01.01.2016 auf A 7 anzuheben, hatten Vorstand und Hauptvorstand des Landesverbandes beschlossen, auch in Hamburg eine Anhebung zu fordern. Nachdem es mehrfachen Schriftwechsel zwischen dem Vorsitzenden, Michael Jürgens, und Finanzsenator Dr. Peter Tschentscher gegeben hatte und der Präses der Finanzbehörde keinen Grund gesehen hatte, das Eingangsamt anzuheben, vereinbarten beide Seiten ein persönliches Gespräch.

Am Freitag, den 24. März 2017 trafen sich Finanzsenator Dr. Peter Tschentscher, sein persönlicher Referent, Dr. Marcus Merkenich und die DSTG-Vorstandsmitglieder Michael Jürgens und Thomas Kuffer zu einem Meinungsaustausch im Senatorenbüro.

Bevor wir zu unserem eigentlichen Thema kamen, wurden noch einige andere Punkte gestreift. Finanzsenator Dr. Tschentscher erklärte, dass er hoffe, dass die Mängel im neuen Dienstgebäude in der Nordkanalstraße bald behoben werden können. Nach seinen Informationen sei die Luftfeuchtigkeit noch ein großes Problem. Er teilte mit, dass er vor dem eventuellen Einsatz von Luftbefeuchtern noch einmal konsultiert werden möchte. Er will nicht ein Problem beseitigen und ggf. ein neues Problem (Schimmelbildung und Krankheitserreger durch die Geräte) entsteht. Darüber hinaus wünscht er sich, dass sich die Fachkraft für Arbeitssicherheit die Probleme anschaut und genau analysiert, welche Ursachen die Probleme haben.

Finanzsenator Dr. Tschentscher erläuterte noch einmal die Schwierigkeiten beim

Gespräch mit Finanzsenator Dr. Peter Tschentscher

der Vorziehen der 50 Beförderungen zu A 9 (siehe auch PR-Info März 2017), da das notwendige Geld hierfür nicht im Haushalt eingeplant war. Trotz einiger weniger Bedenken, ob dies rechtlich so in Ordnung ist, habe er die Anweisung unterschrieben, da er dies für eine gute Sache hält.

Darüber hinaus teilt er die Enttäuschung der DSTG über die Ablehnung der Bundesministerien zum INSIKA-Verfahren. Es ließ sich leider nicht durchsetzen. Vor allem die Großkonzerne haben gegen die Einführung gewettert, da sie bereits eigene Systeme hätten. Es bleibt jetzt nur, die Entwicklung in den nächsten Jahren abzuwarten. Im Verlauf der INSIKA-Diskussion wurden auch andere Möglichkeiten angesprochen, Zahlungsflüsse besser verfolgen zu können. Dr. Merkenich schlug vor, den Händlern aufzugeben, mindestens eine alternative Zahlungsmethode zum Bargeld zur Verfügung zu stellen…..

Nach diesen Themen kamen wir zum eigentlichen Punkt unserer Besprechung. Dem Finanzsenator war nicht deutlich geworden, dass wir nach unserem letzten Schreiben vom Mai 2016 noch eine Antwort erwartet hatten. Dr. Tschentscher hatte erneut im Amt 5 nachgefragt, wie dort die Forderung nach der Anhebung des Eingangsamtes gesehen wird. Das Amt 5 der Finanzbehörde sehe keine Änderung ihrer bisherigen Auffassung, „nach der die Dienstposten der Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt so mit Stellen der Besoldungsgruppen A 6, A 7 und A 8 hinterlegt sind, dass eine Beförderung entsprechend der individuellen Leistungen und Fähigkeiten der Beschäftigten möglich ist. Der mehrstufige Stellenkegel gewährleistet beispielsweise, dass in den Veranlagungsteams Beschäftigte mit unterschiedlicher Berufserfahrung eingesetzt werden können und auch Berufseinsteiger die Möglichkeit erhalten, ohne einen Arbeitsplatzwechsel innerhalb eines Teams befördert zu werden“. Herr Dr. Merkenich führte aus, dass Hamburg bei A 6 bereits mehr bezahle, als in vielen Bundesländern bei A 7 bezahlt werde. Michael Jürgens verwies in dem Gespräch mehrfach darauf hin, dass es nicht in erster Linie um die Bezahlung gehe. Es geht vielmehr um die Anerkennung der Arbeit. Michael Jürgens und Thomas Kuffer haben versucht dem Finanzsenator zu verdeutlichen, dass sich die Arbeitsweise sehr wohl geändert hat. Das Aufgabenprofil ist nicht mehr das Profil von früher. Auf unseren Hinweis, dass die Arbeitsplatzbeschreibung nicht mehr den tatsächlichen Gegebenheiten entspricht, zeigte der Finanzsenator sich erstaunt. Im Laufe der nachfolgenden Diskussion wurden weitere Argumente ausgetauscht. Dabei hatten wir das Gefühl, dass Dr. Tschentscher der Idee nicht völlig abgeneigt zu sein schien, insbesondere nachdem wir betont hatten, dass die A 6‘er zur Zeit im Normalfall bereits nach drei Jahren (Ablauf der Probezeit) A 7 werden würden und die Differenz in der Besoldung zwischen A 6 und A 7 nicht so erheblich hoch sei.

Gespräch mit Finanzsenator Dr. Peter Tschentscher

Finanzsenator Dr. Tschentscher sagte zum Abschluss des Gespräches zu, die Auswirkungen noch einmal genau berechnen zu lassen, bevor er in weitere Überlegungen eintritt. Eine schnelle Erledigung sagte er jedoch nicht zu, da auch die daraus resultierenden Belastungen für den Haushalt bedacht werden müssten. Wir bedankten uns für den Gedankenaustausch und vereinbarten im Gespräch zu bleiben.

Thomas Kuffer, Finanzsenator Dr. Peter Tschentscher, Michael Jürgens

Änderung der Adresse oder neues Konto?

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

beim Beitragseinzug kommt es regelmäßig zu Rücklastschriften, weil sich die Bankverbindung geändert hatte. Jede Rücklastschrift verursacht unnötige Kosten. Bitte denken Sie bei Änderung der Bankverbindung auch an Ihre Gewerkschaft!

Bei Änderung der Bankverbindung benötigen wir von unseren Mitgliedern, also von Ihnen, ein SEPA-Lastschriftmandat im **Original.** Dies ist so vorgeschrieben, ansonsten dürften wir keine Beiträge mehr einziehen. Erforderliche Vordrucke erhalten Sie bei Ihren Ortsverbandsvorsitzenden bzw. von der DSTG-Geschäftsstelle. Die Vordrucke können Sie dann ausgefüllt bei Ihrer/Ihrem Ortsverbandsvorsitzenden mit der Bitte um Weiterleitung an die DSTG-Geschäftsstelle abgeben oder direkt an die DSTG senden.

Sollte sich Ihre **Anschrift ändern**, teilen Sie dies bitte auch der DSTG-Geschäftsstelle mit. Insbesondere bei Eintritt in den Ruhestand fehlen uns häufig die aktuellen Anschriften unserer Mitglieder, so dass diese Mitglieder keine Informationen ihrer Gewerkschaft erhalten können.

Vielen Dank! Gudrun Franke, DSTG-Geschäftsstelle, Stephan Quas, Mitgliederverwaltung

Mitgliederversammlung Ortsverband Finanzamt Hamburg-Harburg

Am 26. April 2017 fand im DSTG-Ortsverband des Finanzamtes Hamburg-Harburg eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Diese war notwendig geworden, weil der bisherige Vorsitzende, Axel Drühmel, in absehbarer Zeit in den Ruhestand treten wird.

Als Gäste haben vom Landesvorstand Michael Jürgens und Jan-Peter Asmussen an der Versammlung teilgenommen. Nach der Begrüßung und dem Tätigkeitsbericht durch Axel Drühmel wurden die notwendigen Wahlen mit folgendem Ergebnis durchgeführt:

Vorsitzender:	Ulrich Bertges	Stellvertreter:	Christoph Brüggemann
Schriftführerin:	Nicole Foth	Frauenvertreterin:	Silvia Rohde
Jugendsprecherin:	Imke Dabels	Tarifvertreterin:	Nicole Kupgisch

Außerdem wurden noch die Delegierten für den Gewerkschaftstag 2018 gewählt.

Von links nach rechts: Silvia Rohde, Nicole Kupgisch, Imke Dabels u. Nicole Foth, vorne Ulrich Bertges(neuer OV-Vorsitzender) und Christoph Brüggemann

Im Anschluss an die Wahl hat Michael Jürgens einen kurzen Abriss über die aktuellen Themen der Gewerkschaftsarbeit gegeben. Insbesondere erwähnte er die sehr knappen Personalressourcen, die auch durch die erhöhten Anwärterzahlen nicht wesentlich verbessert werden. Er nahm Bezug auf die Tarifverhandlungen bzw. Die Einkommensrunde und bedauerte die zu geringe Beteiligung der Kolleginnen und Kollegen an den Demonstrationen. Hier wäre mehr Solidarität gefragtgewesen, da das Ergebnis auch auf die Beamtenbesoldung übertragen werden soll.

Weitere Themen waren die noch bestehenden Probleme im neuen Dienstgebäude in der Nordkanalstraße, die nach wie vor nicht befriedigend laufenden Multifunktionsgeräte sowie der Stand zu den auf der letzten Personalversammlung von Finanzsenator Dr. Peter Tschentscher eingeforderten Motivationsvorschläge. Im Anschluss haben Michael Jürgens und Jan Asmussen Fragen aus der Mitgliederversammlung beantwortet.

Der Vorstand der DSTG freut sich auf eine gute Zusammenarbeit im Sinne der Kolleginnen und Kollegen.

Mit einem kleinen Geschenk bedankte sich der neue OV-Vorsitzende Ulrich Bertges bei seinem Vorgänger Axel Drühmel.

Mitgliederversammlung Ortsverband Finanzamt Hamburg-Altona

Am 16. Mai 2017 fand im DSTG-Ortsverband des Finanzamtes Hamburg-Altona eine Mitgliederversammlung statt. Leider konnten einige Kolleginnen und Kollegen wegen Dienstbesprechungen oder Unterbesetzung in den Dienststellen nicht teilnehmen. Die Versammlung war notwendig geworden, weil gemäß unserer Satzung im Jahr vor dem Gewerkschaftstag u. a. die Delegierten gewählt werden sollen.

Als Gäste haben vom Landesvorstand Michael Jürgens und Michael Stripling an der Versammlung teilgenommen. Nach der Begrüßung und dem Tätigkeitsbericht durch Merten Johannßen wurden die notwendigen Wahlen mit folgendem Ergebnis durchgeführt:

Vorsitzender:	Merten Johannßen	Stellvertreter:	Rinat Albrecht
Frauenvertreterin:	Silke Lange		
Jugendsprecher:	Timo Köhler	Tarifvertreter:	Ali Erturan

Außerdem wurden noch die Delegierten für den Gewerkschaftstag 2018 gewählt.

Im Anschluss an die Wahl hat Michael Jürgens zuerst das große Problem der ständig ausfallenden Multifunktionsdruckern angesprochen. Darauf entbrannte eine hitzige Diskussion, dass es mehr als behindernd ist, wenn die Drucker nicht funktionieren und trotzdem die Zielvereinbarungen erfüllt werden sollen. Michael Jürgens und Michael Stripling bestätigten die Ärgernisse und die damit verbundene Frustration der Kolleginnen und Kollegen. Sowohl DSTG als auch Personalrat sind in Gesprächen mit der Dienststelle, die genauso verärgert über die ständigen Ausfälle ist. Dass die im Februar ausgehandelte Tariferhöhung erst zum 01.06. und bei der Beamtenschaft erst zum 01.10.2017 erfolgen soll, sei kein Zeichen von Motivation oder Wertschätzung. Ebenso wurde von der Mitgliederversammlung bemängelt, dass die Information seitens der Dienststelle, sei es nun in Bezug auf die Mufus oder auch die Mängel in der Nordkanalstraße so schlecht sei. Die weiteren Themen im Bericht von Michael Jürgens, wie Tarifverhandlungen und Demonstrationen, geringe Personalressourcen, die erhöhten Anwärterzahlen oder die bevorstehenden Veränderungen im Landesvorstand und im Personalrat gerieten etwas in den Hintergrund.

Der Vorstand der DSTG freut sich auf eine gute Zusammenarbeit im Sinne der Kolleginnen und Kollegen.

Hinten: Merten Johannßen und Silke Lange,
Vorne: Ali Erturan und Rinat Albrecht

Auf ein Wort...

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

im nächsten Jahr stehen sowohl im Vorstand der DSTG Hamburg als auch im Personalrat größere Veränderungen bevor. Nachdem unsere langjährige Personalratsvorsitzende, Brigitte Blech, zum 01. Februar 2017 in den Ruhestand getreten ist und damit auch den PR-Vorsitz an Jan-Peter Asmussen, nach dessen Wahl durch das Gremium, abgetreten hat, ist auch meine Zeit als Funktionsträger im Vorsand der DSTG und Vertreter ihrer Interessen gegenüber Politik und Verwaltung bald beendet. Ich werde auf dem nächsten Gewerkschaftstag des Landesverbandes Hamburg im Februar 2018 nicht mehr als Vorsitzender zur Verfügung stehen und im nächsten Jahr auch aus dem Personalrat ausscheiden, da ich zum 31.10.2018 in Pension gehen werde.

Außer Brigitte Blech und mir werden noch weitere Kolleginnen und Kollegen aus dem Vorstand der DSTG und/oder dem Personalrat ausscheiden.

Ich möchte Sie daher aufrufen, wenn Sie sich für Gewerkschafts– oder Personalratsarbeit interessieren sollten, melden Sie sich direkt bei uns oder Ihrem Ortsverbandsvorsitzenden. Wenn Sie also mehr Einblicke in die oft schwierige und häufig nicht ganz einfache Arbeit von Gewerkschaft oder Personalrat bekommen möchten , dann sind Sie die bzw. der Richtige. Es ist manchmal nicht so einfach, wie es hin und wieder gedacht wird, wenn man die Interessen von fast 4.000 Kolleginnen und Kollegen in der Steuerverwaltung unter einen Hut bringen möchte.

Es ist sicherlich einfach mit populistischen Reden die Zuhörerschaft - wie z. B. auf der Personalversammlung in 2016 durch einen Kollegen geschehen - für sich zu gewinnen, aber die DSTG und der Personalrat können sich nicht nach Einzelinteressen richten, sondern müssen die Gesamtbelegschaft auch bei divergierenden Interessenlagen im Auge haben.

Aus diesem Grunde fordern wir Sie schon heute auf, sich nicht von populistischen Rednern, die evtl. nur ihren eigenen Vorteil („me first“) erreichen wollen und nicht die Gesamtheit der Kolleginnen und Kollegen im Blick haben, leiten zu lassen.

Ein anderes Thema:

Leider gibt es zum Problem der zu geringen Luftfeuchtigkeit in den Räumen im neuen Dienstgebäude in der Nordkanalstraße noch keine Lösung. Dienststelle, Vermieter, Eigentümer und Bauunternehmen sind nach wie vor auf der Suche nach einer Lösung. Wir haben inzwischen erfahren, dass es in dem neuen Gebäude der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (BSW) in Wilhelmsburg seit zwei Jahren ebenfalls Probleme mit der zu trockenen Luft gibt. Wir hoffen, dass für die Nordkanalstraße schneller eine Lösung gefunden wird. Das Problem ist baurechtlicher Natur. Aus energetischen Gründen ist nur diese („Passivhaus“) Bauweise erlaubt. Eine grundsätzliche Problembeseitigung wäre nur durch eine Änderung des Baurechtes möglich. Hier sehen wir derzeit aber keine Ansätze in der Politik.

Wir bleiben dran und drängen weiter auf Verbesserungen!

Ihr Michael Jürgens

Tagung der Nordkoop in Rostock

Das diesjährige Treffen der Vertreter der norddeutschen DSTG-Landesverbände fand vom 30.März bis 01.April statt. Einmal im Jahr treffen sich die Vertreter aus Berlin, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein in der „großen Runde“, um Themen zu erörtern, die auch in den jeweils anderen Bundesländern von Bedeutung sein könnten und um sich in gewerkschaftlichen Themen abzustimmen. Für Hamburg nahmen Jan-Peter Asmussen, Merten Johannßen, Michal Jürgens und Thomas Kuffer an der Tagung teil.

Bisher wurde die Tagung immer vom Landesverband Hamburg organisiert. Aber in diesem Jahr war alles etwas anders. Der Ort der Veranstaltung soll ab sofort wechseln. Der Landesverband Mecklenburg-Vorpommern organisierte in diesem Jahr unser Treffen und lud die Teilnehmer nach Rostock ein. Neu war außerdem, dass die DSTG-Verbände aus den neuen Bundesländern, die ihre Jahrestagung ebenfalls in Rostock abhielten, zusammen mit den NORDKOOP-Verbänden einen gemeinsamen Vormittag gewerkschaftlich diskutierten. Trotz des anderen Ortes hatten wir wie in den vergangenen Jahren wieder eine lange Tagesordnung abzuarbeiten.

Hauptgrund für die gemeinsame Sitzung war die Vorstellung der neuen Kandidaten für die Stellvertretung in der DSTG-Bundesleitung. Florian Kübler (Bayerische Finanzgewerkschaft) und Markus Plachta (DSTG Landesverband Niedersachsen) informierten das (Nord-Ost-) Gremium über ihre Kandidatur und ihre Vorstellungen und Ziele für die Arbeit in der auf dem 18. Steuer-Gewerkschaftstag im Juni in Hannover neu zu wählenden DSTG-Bundesleitung.

Tagung der Nordkoop in Rostock

Gemeinsam wurde dann noch über die dem Gewerkschaftstag vorzulegende Anträge debattiert.

Die verschiedenen Themen der eigentlichen Nordkoop-Tagung waren interessant wie immer, da jeder einmal über den Tellerrand des eigenen Bundeslandes blicken kann. Dabei stellen wir immer wieder fest, wie unterschiedlich die selben Themen in den jeweiligen Ländern doch gehandhabt werden können.

Einen Einblick erhielten wir in die aktuellen Entwicklungen im Bereich der KONSENS-Produkte und der Begleitung der Personalräte der Entwicklungsländer. Die länderübergreifende Verfahrensbetreuung, aus der Hamburg wieder ausgestiegen ist, wirft ebenso wie die Verlagerung von Zuständigkeiten auf den Bund, personalvertretungsrechtliche Fragen auf.

Weitere Besprechungspunkte waren Organisationsangelegenheiten der Steuerverwaltung, wie z. B. Aufbau der IAS und Bewertung der dortigen Stellen, Telefonzentralen oder Ausschreibungsmodalitäten für nicht steuerliche Bereiche, der Ablauf der Tarifrunde und die Reaktionen auf das Ergebnis, Fragen des Beamtenrechts, zur DSTG-Jugend und zur Ausbildung. Zum Thema Ausbildung wurde festgestellt, dass in den meisten Ländern, in denen die Ausbildungszahlen erhöht wurden, Kapazitätsprobleme sowohl in den Bildungszentren als auch in den Finanzämtern bestehen und noch anwachsen werden.

Zum Schluss sammelten wir noch Ideen für gemeinsame Werbemittel aus und haben erneut die Planungen für ein norddeutsches Seminar zur Mitgliederwerbung und - betreuung auf den Weg gebracht. Vielleicht klappt es ja in diesem Jahr.

Zum Schluss gilt es, den Kolleginnen und Kollegen aus Mecklenburg-Vorpommern für die gelungene Organisation der Tagung zu danken.

Chaos mit Multifunktionsgeräten

Ein Wechsel einer Technologie oder einer Verfahrensweise ist nie einfach. Daher hat die DSTG, über die Personalrat, die Umstellung von Arbeitsplatz– zu Zentraldruckern, auch Multifunktionsgeräte genannt, seit Jahren begeleitet. Nachdem die Pilotierung zumindest soweit erfolgreich war, dass die MuFus flächendeckend in den Finanzämtern zum Einsatz kommen sollten, schien das in 2016 durchgeführte Roll-Out nach anfänglichen technischen Schwierigkeiten erfolgreich seinen Abschluss gefunden zu haben.

Ein Trugschluss wie sich Seit Anfang 2017 zeigte. Mehrmals stand das MuFu-System tagelang nicht zur Verfügung und das Vertrauen in die korrekte Funktionsweise wird durch die Praxis in starke Mitleidenschaft gezogen. Kurz: Es ist nicht akzeptabel, wie das Drucksystem zur Zeit funktioniert! Auch wenn die Dienststelle alles ihr Mögliche unternimmt, so ist es nunmehr an der Zeit, die Einführung der MuFus generell in Frage zu stellen und eventuell zu altbewährten Systemen, Arbeitsplatzdruckern, zurückzukehren. Entsprechende Diskussionen sind zu führen!

dbb newsletter Nr. 30/2017

Verwaltungsexperten schlagen Alarm

Personal: Öffentlichem Dienst droht ein Notstand

Vor einem Personalnotstand im öffentlichen Dienst hat der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt in den Zeitungen der Funke Mediengruppe (Ausgaben vom 19. April 2017) gewarnt: Nicht nur mit Blick auf die anstehende Ruhestandswelle der geburtsstarken Jahrgänge - in den kommenden 15 Jahren werden 1,5 Millionen der heute insgesamt 4,6 Millionen Beschäftigten altersbedingt ausscheiden - drohe ein Notstand, sagte der dbb Chef. Schon heute bestünden gravierende Personallücken auf allen Ebenen.

Allein die Herausforderungen durch das Ankommen vieler Menschen auf der Flucht in den letzten Jahren hätten offenbart, wie viele Baustellen es wegen des Personalmangels im öffentlichen Dienst auf allen Ebenen des Staates gebe, so Dauderstädt. „Von den Sicherheitsbehörden über Betreuung, Erziehung und Bildung, den öffentlichen Gesundheitsdienst, die Arbeitsvermittlung bis hin zu sämtlichen Verwaltungskapazitäten insbesondere auf Landes– und Kommunalebene ist der Staat auf Kante genäht und damit nur schlecht für Krisen gewappnet.“

So sei beispielsweise der jetzige Personalstand allein in der Steuerverwaltung bedenklich niedrig. „Hier fehlen rund 20 Prozent Personal, um den laufenden Steuervollzug seriös und nachhaltig umzusetzen“, erklärte der dbb Chef. Jährlich würden dem Staatshaushalt mindestens 50 Milliarden Euro Einnahmen verloren gehen - etwa 30 Milliarden im Bereich der Einkommens– und 20 Milliarden bei der Umsatzsteuer, „denn Steuerhinterziehung und Steuerflucht können nicht effektiv geahndet werden. Das ist verantwortungslos“, sagte Dauderstädt.

Auch das Bundesverwaltungsamt warnt vor einer Personalnot im öffentlichen Dienst. Sein Präsident Christoph Verenkotte forderte gegenüber der Funke Mediengruppe ein „riesiges Einstellungsprogramm. Die absehbare Pensionierungswelle macht uns zu schaffen“, so Verenkotte. Aufgrund des sich abzeichnenden Personalmangels werde es in Zukunft bestimmte Dienstleistungen gar nicht mehr geben, andere könnten nicht mehr in der gewohnten Qualität angeboten werden. „Wir werden in der Bundesverwaltung einen sogenannten Brain Drain bekommen“, sagte der BVA-Präsident. Gemeint ist der Verlust hoch qualifizierter Fachkräfte, von Talent und Intelligenz. Es gebe zwar den politischen Willen, auf das demografische Problem zu reagieren, aber es fehle die administrative Umsetzung, kritisierte Verenkotte.

Beitrittserklärung

Die Beitrittserklärung bitte senden an:

Deutsche Steuer-Gewerkschaft
Landesverband Hamburg
Mönkedamm 11
20457 Hamburg

Beitrittserklärung
(zugleich SEPA-Lastschriftmandat)

Ich möchte mich der

Deutschen Steuer-Gewerkschaft
Landesverband Hamburg

anschließen und erkläre meinen Beitritt mit Wirkung zum ___.___._____.

Vorname: _____ Name: _____

Geburtsdatum: ___.___._____

Straße: _____ PLZ/Ort: _ _ _ _ _ _____

Besoldungs-/Entgeltgruppe: _____ Teilzeit: ☐ nein / ☐ ja, mit ____ Wochenstunden

Finanzamt: _____ Geworben durch: _____

Freiwillige Angabe: private E-Mail _____

private Tel.Nr. _____

_____ ___.___._____ _____
(Ort) (Datum) (Unterschrift)

SEPA-Lastschriftmandat

Ich ermächtige die DSTG, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der DSTG auf mein Konto gezogene Lastschrift einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit einem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Kontoinhaber: _____ Adresse: _____

Bankinstitut: _____ BIC: __ __ __ __ __ __ __ __ | __ __ __

IBAN: __ __ __ __ | __ __ __ __ | __ __ __ __ | __ __ __ __ | __ __ __ __ | __ __

_____ ___.___._____ _____
(Ort) (Datum) (Unterschrift)

Organisation

DEUTSCHE STEUER-GEWERKSCHAFT
Landesverband Hamburg

DSTG Landesverband Hamburg
Mönkedamm 11
20457 Hamburg
Telefon: 040/37 50 10 80/81
Fax: 040/37 50 10 82
E-Mail: buero@dstg-hamburg.de

Sie finden uns auch im Web:
www.dstg-hamburg.de

DSTG– die einzige Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung.

Wir setzen uns ein für:

- *Verbesserung der Ausbildung*
- *Übernahme der Nachwuchskräfte*
- *Aufgabengerechte Personalausstattung*
- *Gerechte Besoldung*
- *Verbesserung der Aufstiegschancen*
- *Sicherung der Altersversorgung*
- *Kontinuierliche Fortbildung*
- *Gesundheitsförderung*
- *Steuerrechtsvereinfachung*
- *Steuergerechtigkeit*

Verantwortlich für den Inhalt: Michael Jürgens

Leserbriefe/Kleinanzeigen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

hier ist noch Platz!

An dieser Stelle könnte ihr Leserbrief veröffentlicht werden. Wenn Sie uns also über etwas schreiben möchten, was Sie schon immer geärgert hat oder etwas , worüber Sie sich gefreut haben, schicken Sie uns Ihren Leserbrief.

Ihr Leserbrief kann mit Namen, aber auch anonym veröffentlicht werden.

Der Vorstand der DSTG Landesverband Hamburg freut sich über jede Zuschrift, egal ob positiv oder negativ und auch über Vorschläge für unsere Arbeit im politischen Raum.

Auch für Ihre Kleinanzeige wäre auf dieser Seite Platz. Hier veröffentlichen wir Ihre Kleinanzeige.

Sie möchten etwas verkaufen, suchen eine Wohnung oder ähnliches. Hier können Sie sehen, ob vielleicht eine Kollegin oder ein Kollege helfen kann oder genau das sucht, was Sie los werden wollen.

Falls wir eine Kleinanzeige oder einen Leserbrief von Ihnen veröffentlichen sollen, senden Sie diese bitte per Post oder per Mail an unser Büro (Adresse siehe oben).